

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Herzogtum Lauenburg
Wahlperiode 2018 – 2023

Programm zur Wahl des Kreistages

Inhaltsverzeichnis

TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG	2
KLIMASCHUTZ	2
VERKEHR	3
VIelfalt BEWAHREN - ARTEN ERHALTEN	4
LIEGENSCHAFTEN UND NATURSCHUTZ AN STRASSEN	5
KREISFORSTEN	6
TIER SCHUTZ	6
INTEGRATION, TEILHABE UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG	7
FRAUENPOLITIK	7
SOZIALPOLITIK	7
LEBENSLANGE BILDUNG	8
ARBEIT UND WIRTSCHAFT	9
KREISENTWICKLUNG	10
LÄNDLICHE RÄUME UND DEMOGRAFISCHER WANDEL	10
KULTUR	10
TOURISMUS	11
FINANZEN	12

TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

- **Kommunales Engagement ermöglichen**
- **Faires Miteinander zwischen Kreis und Kommunen**
- **Verwaltung bürgernah und digital**

Unsere Demokratie lebt von **Beteiligung**. Dem politischen Ehrenamt wird im Grundgesetz ein hoher Stellenwert zugeordnet. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist es notwendig, dass dies auch ermöglicht wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kommunalpolitisches Engagement mit Familie und Beruf vereinbar ist. Wir laden alle Menschen ein, sich im Kreis und in ihren Gemeinden aktiv einzubringen. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich auch parteilose Kandidat*Innen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren.

Mit uns GRÜNEN wird der Kreis zu einem verlässlichen Partner der Städte und Gemeinden. Wir sehen die Kommunen und den Kreis als **kommunale Familie**. Zur Finanzierung der Aufgaben des Kreises leisten die Kommunen einen großen Beitrag. Wir wollen, dass der Kreis vermehrt Projekte unterstützt, die den Menschen vor Ort nützen und damit Leistungen an die Kommunen zurückgibt. Wenn der finanzielle Spielraum da ist, muss gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen über eine angemessene Senkung der Kreisumlage verhandelt werden. Schulen, Kitas, Sportstätten, Maßnahmen zur Umsetzung von Barrierefreiheit für Menschen mit Handicap und Integration von Flüchtlingen werden von den Kommunen getragen und finanziert. Der Kreis unterstützt diese Aufgaben anteilig. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis in diesem Bereich mehr finanzielle Mittel bereitstellt.

Bürger*innen erwarten eine **transparente und barrierefreie Verwaltung**. Die Kreisverwaltung muss sich zu einer digitalen Verwaltung entwickeln, die bürgernah, persönlich sowie über das Internet gut erreichbar und transparent ist, mit einem ämterübergreifenden, benutzerfreundlichen Webportal für Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung.

Digitalisierung betrifft alle Bereiche der Politik und des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen bei aller Innovation auch die Bürger*innenrechte und die Privatsphäre im digitalen Raum schützen. Dafür muss der Datenschutz auf Kreisebene personell besser ausgestattet werden.

KLIMASCHUTZ

- **Den Klimaschutz im Herzogtum Lauenburg voranbringen**
- **Strategie für klimaneutrale Energieversorgung der Kreisverwaltung**
- **Klimaschutzkonzept neu entwickeln**
- **Hauptamtliches Klimaschutzmanagement für den Kreis**
- **Nie wieder Atomkraft**

Hochwasser an der Elbe und Starkregen, Keller, Klärteiche und kleine Bäche überflutet, massive Sturmschäden in den lauenburgischen Wäldern: **Der Klimawandel ist auch in unserem Kreis deutlich spürbar**. Wir setzen uns dafür ein, dass das Engagement für den Klimaschutz in unserem Kreis verstärkt wird, denn weltweite Klimaschutzabkommen wirken nur, wenn sie vor Ort umgesetzt werden. **Global denken, lokal handeln!**

Unsere Ziele für den Kreis Herzogtum Lauenburg sind dabei im Einzelnen:

- Ein langfristiges Konzept zur CO₂-freien Strom- und Wärmeversorgung aller kreiseigenen Liegenschaften
- Ein Maßnahmenplan zur Senkung des Stromverbrauchs
- Eine Strategie zur Abschätzung und Bewältigung der Klimafolgen im Kreis
- Eine 100%ige Versorgung des Kreises mit Strom aus erneuerbaren Energien
- Die Einrichtung eines Dachflächenkatasters, um die Anzahl der Solar-Anlagen zur Eigenversorgung auf Hausdächern zu erhöhen
- Ein E-Mobilitätskonzept für den Kreis unter Einbeziehung des ÖPNV und des Fahrradverkehrs
- Ein kreisweites Konzept für ein flächendeckendes Netz von E-Tankstellen
- Eine Unterstützung für die kreisangehörigen Kommunen ohne eigenes Klimaschutzmanagement durch den Kreis
- Die Etablierung eines kreisweiten Beratungs- und Informationsangebots zum Klimaschutz in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie Wirtschaftsförderung (WFL), IHK, Handwerkskammer und Verbraucherzentrale
- Ein Konzept zur nachhaltigen Beschaffung

Für die Umsetzung fordern wir ein förderfähiges Klimaschutzkonzept und die Schaffung einer Stelle für eine*n Klimaschutzmanager*in im Kreis.

Bei der Erstellung des geplanten neuen Raumkonzepts für die Kreisverwaltung müssen Klimaschutz, Energieeinsparung und alternative Energiekonzepte konsequent berücksichtigt werden. Wir fordern den Kreis auf, ein ehrgeiziges Energiekonzept (z.B. Null-Energie-Gebäude) zu entwickeln und dabei Fördermittel und Kooperationen mit Hochschulen einzubeziehen.

Wir wollen sicherstellen, dass das **AKW Krümmel nie wieder angefahren** wird. Wir fordern zügige Rückbaumaßnahmen, die das Aus des Reaktors unumkehrbar machen. Der Kreis muss dabei seiner Verantwortung für die Rückbaulasten gerecht werden und im Dialog mit betroffenen Kommunen und Anwohner*innen verträgliche Lösungen zur Beseitigung und Lagerung des nicht radioaktiven Bauschutts finden.

VERKEHR

- **Weniger Individualverkehr, mehr emissionsfreier ÖPNV und bessere Radinfrastruktur**
- **Neue Verkehrskonzepte für den ländlichen Raum**
- **Lücken im Busnetz schließen**
- **Straßennetz: Sanierung statt Neubau**

Der Individualverkehr hat in unserem Kreis mit Abstand den größten Anteil am Verkehrsaufkommen. Wir wollen Angebote entwickeln, die durch **innovative Verkehrskonzepte für den ländlichen Raum** mehr Menschen zur Nutzung von Alternativen ermuntern. Dazu wollen wir neue Modelle wie Anruf-Sammeltaxis, Bürgerbusse oder Mitfahr-Apps fördern. Wir setzen uns ein für Modellprojekte wie Mobilitätsdrehscheiben im ländlichen Raum, die verschiedene Verkehrsträger (Fahrrad, Bus, Bahn) miteinander verknüpfen. Auch der Verkehrssektor muss einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen **emissionsarme Nahverkehrskonzepte** entwickeln und fordern die **Stärkung des ÖPNV**. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- Verbesserung der Taktung auf der Bahnstrecke Büchen – Hamburg
- Umsteigefreie Verbindung von Ratzeburg bzw. Lauenburg nach Hamburg
- Prüfung der Reaktivierung von Haltepunkten auf der Strecke Lauenburg – Lübeck (z. B. Güster, Pogeez)
- Mehr Engagement bei der Realisierung der Bahnanbindung von Geesthacht
- Betrieb von innerörtlichen Buslinien mit Elektrobussen in den nächsten fünf Jahren
- Weitere Verbesserung der Busverbindungen im Kreis (mit einem Schwerpunkt auf kreisübergreifende Lückenschlüsse nach Niedersachsen und Westmecklenburg)
- Eine Nachtbuslinie von Hamburg nach Mölln und Ratzeburg
- Verbesserung der Ladestruktur für Pedelecs, insbesondere in den Tourismusregionen
- Mittelfristige Umstellung der kompletten Fahrzeugflotte des Kreises auf emissionsfreie Antriebe (Elektro, Wasserstoff)
- Bessere Verkehrsanbindung des Naturparks Lauenburgische Seen an den ÖPNV
- Prüfung der Einführung eines bedarfsgerechten Services für Fahrradtouristen

Beim Straßenbau gilt für uns GRÜNE: **Erhalt vor Neubau**. Wir begrüßen das verstärkte Engagement der Landesregierung bei der Sanierung der Landesstraßen. Der Kreis soll mehr Mittel für die Kommunen zur Sanierung der Gemeindeverbindungsstraßen bereitstellen. Den Bau neuer Umgehungsstraßen, die zusätzlichen Autoverkehr anlocken, lehnen wir ab. Wir sind **gegen den Ausbau der A21 bis Geesthacht** und über die Elbe, da er wertvollen Naturraum am Geesthang zerstören würde. Statt Schwerlast-Fernverkehr im Hamburger Rand wollen wir eine Entlastung für Geesthacht durch die **Realisierung des Bahnanschlusses** und einen **Radschnellweg** nach Hamburg-Bergedorf.

VIELFALT BEWAHREN - ARTEN ERHALTEN

- **Umsetzung von Natur- und Umweltschutz**
- **Artenschutz**
- **Boden- und Gewässerschutz**
- **Stärkung der Naturschutzbehörde**
- **Wasserschutz**

Naturschutz ist **Artenschutz**. Seit einiger Zeit gibt es Untersuchungen, die einen dramatischen Rückgang von Insekten, Käfern und heimischen Vogelarten dokumentieren. Wir wollen helfen, dem Artenrückgang in unserem Kreis entgegenzuwirken, indem wir:

- mehr Blühstreifen einrichten
- dauerpestizidfreie Flächen schaffen
- Blütenvielfalt auf Randstreifen an Straßen verbessern
- auf die Einhaltung der Richtlinien zum Knickschutz dringen
- die wenigen verbliebenen Moore im Kreis erhalten bzw. wieder vernässen
- die Kreisforsten naturnaher gestalten

- Abkommen zum Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden vor der Ernte abschließen

Umweltschutz ist **Boden- und Gewässerschutz**. Fast im gesamten Kreis bestehen zu hohe Einträge von Nitrat und Phosphor. Dadurch wird das Trinkwasser gefährdet und das Leben in Flüssen und Seen gestört. Die Belastung von Boden und Gewässern sind in der Regel auf zu hohe Düngemengen in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die Gülle- und Stickstoffgaben müssen minimiert werden. Wasser ist eines der wichtigsten Güter der Menschen. Für unser Trinkwasser besteht die Gefahr, dass es mit Nitrat und Antibiotika verseucht wird. An Stellen von Trinkwasserentnahmen sind generell Wasserschutzgebiete einzurichten. In Wasserschutzgebieten sind bauliche Anlagen und pestizidbehaftete Wirtschaft zu untersagen. Wasserschutzgebiete dürfen nicht in der Nähe von Altlastenvorkommen errichtet werden.

Umweltschutz heißt auch **Schutz der Gesundheit** und ist somit **Verbraucher*innenschutz**. Beeinträchtigungen können durch Pestizide, Abgase und Lärm entstehen. Wir wollen die Möglichkeit der Behörden stärken, die Belastungen zu kontrollieren und Verstöße zu ahnden. Umweltschutz bedeutet auch Luftreinhaltung und damit **Klimaschutz**.

Zum Erreichen unserer Ziele im Natur- und Umweltschutz wollen wir die **Naturschutzbehörde (UNB) des Kreises stärken**. Der Kreistag kann keine Verordnungen erlassen, er kann aber deren Einhaltung kontrollieren und Verstöße ahnden. Wir werden darauf dringen, die Strukturen in der UNB so verbessern, dass für alle Bereiche kompetente Mitarbeiter*innen vorhanden sind. Wir wollen die Kontakte zur UNB pflegen und über einen „kurzen Weg“ schnelle Reaktionen bei Verstößen ermöglichen. Ein wichtiges Instrument ist für uns der Dialog. Wir wollen die **Verursacher*innen überzeugen und sensibilisieren**. Dazu werden wir Verhandlungen mit dem Bauernverband unter Einbeziehung von Vertreter*innen des Ministeriums und der biologischen Landwirtschaft initiieren. Solange der Einsatz des Totalherbizids Glyphosat nicht untersagt ist, werden wir um Verständnis für einen freiwilligen Verzicht werben. Wir wollen mit **Aufklärung** das Bewusstsein bei unseren Mitbürger*innen erhöhen. Dazu schlagen wir vor, die Bevölkerung über behördliche Kampagnen zu informieren. Wir wollen nicht nur aufklären, sondern auch nachdenklich machen und streben an, die Folgen schädlicher Maßnahmen im Natur- und Umweltschutz ebenso wie alternative Lösungswege deutlich zu machen. Wir werden auf die **Bedeutung regionaler Wertschöpfung** hinweisen und sie stärken.

LIEGENSCHAFTEN UND NATURSCHUTZ AN STRASSEN

- **Domänen ökologisch bewirtschaften**
- **Verbot von Glyphosat auf kreiseigenen Flächen**
- **Blühstreifen an Kreisstraßen**
- **Biosphärenreservat im Kreis vorantreiben**

Der Kreis besitzt große landwirtschaftliche Betriebe (Domänen), die er an Landwirte verpachtet. Die Verträge haben eine Laufzeit von 24 Jahren und sind nach Unterzeichnung kaum abänderbar. Gespräche zwischen Verwaltung (Gewässerschutz, Wasserbehörde), Pächter*innen und Vertreter*innen des Landes sind eine nachhaltige Möglichkeit, Änderungen im Sinne des Naturschutzes zu bewirken. Ein **Verbot der Anwendung von Glyphosat auf kreiseigenen Flächen** muss sofort angestrebt werden. Wir halten daran fest, die Pachtflächen des Kreises vornehmlich an die ökologische Landwirtschaft zu vergeben.

Eine Richtlinie des Landes schreibt vor, dass vor Eingriffen in den Baumbewuchs auf öffentlichen Flächen behördlicher und ehrenamtlicher Naturschutz beteiligt werden muss. Die Einhaltung der Richtlinie ist regelmäßig bei der UNB einzufordern. Wir werden von der Verwaltung verlangen, Termine mit dem Ziel des Eingriffs in den Baumbestand an Straßen rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen. Wir verlangen, dass **Flächen an Straßen**, für die eine regelmäßige Mahd nicht notwendig ist, **als Blühstreifen gestaltet** werden. Weiterhin fordern wir eine **kritische Überprüfung des Streusalzeinsatzes** (z.B. durch Streusalzmonitoring) zur Verminderung der häufig vorbeugend ausgebrachten Streusalzmengen, die das Straßenbegleitgrün dauerhaft schädigen.

Wir unterstützen neue Bemühungen um die **Ausweitung des bestehenden Erfolgsmodells „Biosphärenreservat“** in Mecklenburg-Vorpommern auf lauenburgisches Gebiet. Sowohl dieses als auch eine naturnähere Bewirtschaftung der Kreisforsten tragen erheblich zur betriebswirtschaftlichen Verbesserung und zu höherer touristischer Attraktivität bei.

KREISFORSTEN

- **Naturnah entwickeln**
- **Altbaumbestände erhalten**

Mit der FSC-Zertifizierung (durch den internationalen Forest Stewardship Council) haben die kreiseigenen Wälder eine positive Entwicklung im Sinne der kommunalen Agenda 21 durchlaufen und setzen diese Entwicklung entsprechend der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung fort. Sie sollten darüber hinaus in einem fortwährenden Prozess noch naturnäher und vorratsreicher weiter entwickelt werden. **Mehr Naturnähe bedeutet einen Beitrag zum Klimaschutz**, da weniger CO² freigesetzt wird.

Wir wollen **Altbaumbestände aus der Nutzung nehmen** und dem natürlichen Alterungsprozess überlassen, so dass stark gefährdete Arten, die auf Alt- und Totholz angewiesen sind, großräumig überleben können. Wir wollen, dass in unseren „Bürger*innen“-Wäldern **Gemeinwohl und Daseinsvorsorge im Vordergrund** stehen. Wir wollen, dass unsere Wälder Schüler*innen als Erlebnisraum zur Verfügung stehen, der Erholung von Bürger*innen und Tourist*innen dienen. Aber auch die Klimafunktionen (Luftreinigungsleistung, CO²-Bindung) und die Leistung unserer Wälder für die Grundwasserneubildung sollen stärker als bisher wahrgenommen und durch entsprechende bodenschonende Bewirtschaftungsmethoden berücksichtigt werden.

TIERSCHUTZ

- **artgerechte Tierhaltung**

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Kreisverwaltung bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen streng an Kriterien des Tierschutzes orientiert. Es muss gewährleistet sein, dass Tierhalter*innen nicht gegen gesetzliche Auflagen verstoßen, weder bei der Haltung noch beim Transport. Das Personal in der Kreisverwaltung muss so aufgestockt werden, dass die notwendigen Kontrollen durchgeführt werden können.

INTEGRATION, TEILHABE UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

- Erstellung eines Integrationskonzeptes für den Kreis
- Verstetigung der Koordinierungsstelle auf Kreisebene
- Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen
- Chancengerechtigkeit für zugewanderte Frauen fördern
- Für demokratische Werte, gegen rechte Intoleranz

In den vergangenen Jahren sind viele Menschen als Flüchtlinge in unserem Kreis aufgenommen worden. Sie bereichern unsere Vielfalt und bedeuten in vielfacher Hinsicht eine Chance für den Kreis. Damit **Integration und echte Teilhabe** gelingt, braucht der Kreis jedoch ein umfassendes Konzept, das alle Aspekte von Sprache und Bildung über Wohnraum, Arbeit, Gesundheitsversorgung bis hin zu Möglichkeiten der Freizeitgestaltung beinhaltet. Um dies zu erreichen muss die **Arbeit der Kreis-koordinierungsstelle verstetigt** werden. Die ehrenamtlichen Strukturen haben einen erheblichen Anteil daran, dass Integration in der Nachbarschaft, im sozialen Umfeld und auf Augenhöhe gelingt. Deshalb muss der Kreis den Dialog mit den Ehrenamtlichen weiterhin führen und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Insbesondere **neuzugewanderte Frauen müssen gefördert werden**, damit sie die Chancen, die unsere Gesellschaft ihnen bietet, optimal nutzen zu können.

Gemeinsam mit den anderen Fraktionen im lauenburgischen Kreistag kämpfen wir für ein **weltoffenes, demokratisches und tolerantes Miteinander** im Kreis Herzogtum Lauenburg und setzen uns gegen rechtsextreme und rassistische Hetze sowie gegen die Verunglimpfung Andersdenkender und Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe ein. Wir setzen uns dafür ein, dass **Initiativen zur Stärkung der Demokratie** gefördert werden.

FRAUENPOLITIK

- Mehr Frauen in Führungspositionen in der Kreisverwaltung
- Mindestens 50% Frauenanteil in den vom Kreistag zu besetzenden Gremien und Gesellschaften
- Frauenberatungsstelle angemessen finanzieren

Frauen sind in Wirtschaft, Verwaltung und Politik trotz gleicher und besserer Qualifikation in leitenden Funktionen immer noch unterrepräsentiert, auch die Kreisverwaltung hat nur einen geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen. Dies muss sich ändern und wir werden uns dafür einsetzen, dass **bei anstehenden Stellenneubesetzungen Frauen bevorzugt eingestellt** werden. Ebenso wollen wir in Gesellschaften mit Kreisbeteiligung durchsetzen, dass Aufsichtsräte mit einem **Anteil von 50 Prozent Frauen** besetzt werden.

Die **Finanzierung der Frauenberatungsstellen** muss wieder vom Kreis mit übernommen werden, damit die vielfältigen Aufgaben im Sinne der Frauen im Kreis wahrgenommen werden können.

SOZIALPOLITIK

- Strategien für Prävention

- Finanzierung sozialer Einrichtungen
- Hilfe für Benachteiligte und Selbsthilfegruppen
- Teilhabeplanung
- Pflegestützpunkt erhalten und stärken

Seit Jahrzehnten bringt die öffentliche Hand große Geldsummen auf, um die Folgen von Sucht, Privatverschuldung und Kindesmisshandlung aufzufangen. Einen großen Anteil der Mittel tragen die Krankenkassen. Die Aufgabe von Politik auf allen Ebenen sollte sein, die Zahl Betroffener und damit die Kosten zu senken. Dies geht nur mit präventiven Maßnahmen. Der Kreis macht seit über zehn Jahren das Falsche: Statt Prävention zu fördern, kürzt er die Mittel. Wir fordern, in Zusammenarbeit mit Sozialverbänden, die schon entsprechende Modelle vorgelegt und praktiziert haben, **langfristige Strategien für die Prävention zu erarbeiten, zu praktizieren und ständig zu evaluieren.**

Soziale Einrichtungen müssen auskömmlich finanziert werden. Dazu gehören insbesondere Behindertenwerkstätten, Einrichtungen der Suchtprävention und Insolvenzberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, psychiatrischer Krisendienst, die auch in Zusammenarbeit mit dem Land, dem Kreis und weiteren Verbänden und Einrichtungen die Aufgabe von Hilfe und Unterstützung wahrnehmen. Die vom Kreis gewährten Fördermittel sind zum Teil erheblich zu niedrig angesetzt. Wir fordern eine durch Gutachten begründete Ausstattung in der notwendigen Höhe.

Der Kreis fördert unter Beteiligung des Landes seit Jahren die Hilfe für Frauenberatung und Selbsthilfegruppen. Diese Mittel sind im Rahmen der Konsolidierung zum Teil stark heruntergefahren worden. Wir fordern die **Rückkehr zu landesweit einheitlichen bzw. objektiv bemessenen Höhen bei den Fördermitteln.**

Wir unterstützen die **Fortschreibung des Teilhabepans** des Kreises. Der Prozess befindet sich gerade im Aufbau. Wir werden die Umsetzung konstruktiv begleiten.

Der **Pflegestützpunkt** hilft Pflegebedürftigen und Angehörigen bei der Bewältigung von Fragen der Pflege. Der Stützpunkt wird je zu einem Drittel von Land, Kassen und Kreis finanziert. Der Stützpunkt arbeitet seit Jahren zuverlässig, was in dieser Form unbedingt erhalten werden muss.

LEBENSLANGE BILDUNG

- Bildung von Anfang an
- Qualifizierte Krippenangebote
- Betreuungsangebote an die Bedürfnissen der Familien anpassen
- Standards und Qualität der Kitas auf hohem Niveau
- Einstieg in kostenlose Betreuung
- Zukunftsfähiges Konzept für außerschulische Bildung und Weiterbildung

Krippen und Kindertagesstätten müssen eine hohe Qualität für alle Familien bieten. Das Angebot an Krippen- und Kitaplätzen ist in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert worden. Die finanzielle Förderung ist aber nicht entsprechend gestiegen. Wir streben eine **Verbesserung der Förderung durch den Kreis** an. Damit Standards und Qualität auf hohem Niveau gehalten werden

können, bedarf es ausreichender Finanzmittel bei Investitionen und besonders bei der Personalausstattung.

Das Betreuungsangebot muss den individuellen Bedürfnissen der Familien entsprechen, insbesondere um die Berufstätigkeit von Frauen zu ermöglichen und zu fördern. Flexible, bedarfsgerechte Öffnungszeiten gehören dazu. Weitere Kindertageseinrichtungen müssen Familienzentren werden. Familien erhalten hier umfassende Hilfe und Unterstützung, so erfahren auch die Kinder Stärkung ihrer Persönlichkeit und können sich individuell weiterentwickeln. Kindertagesstätten müssen zukünftig kostenfrei werden. Insbesondere in unserem ländlichen Kreis muss das Angebot von qualifizierten Tagespflegeeltern weiter gefördert und finanziell unterstützt werden.

Die Jugendpflege des Kreises muss in die Lage versetzt werden, Familien in Krisensituationen bei der Kleinkindbetreuung ausreichend zu unterstützen und Fällen von Kindesmisshandlung entgegenzutreten.

Lebenslanges Lernen: Neben den Schulen und der Berufsbildung gehören auch außerschulische Bildungsangebote von den Volkshochschulen und Familienbildungsstätten sowie Weiterbildung im Beruf zu den Angeboten, die im Kreis zur Verfügung gestellt werden müssen. Für Lebenslanges Lernen für alle in unserem Kreis muss ein zukunftsfähiges Konzept entwickelt werden. Wir unterstützen die Arbeit der Weiterbildungseinrichtungen ebenso wie Bildungsangebote von Vereinen und Verbänden, die Freizeit und Bildung miteinander kombinieren, besonders im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

- **Zukunftsfähige Arbeitsplätze ansiedeln**
- **Wirtschaftsförderung stärker auf Digitalwirtschaft ausrichten**
- **Kreis als Auftraggeber: Faire Löhne, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen**

Im Kreis müssen die **Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsplätze** verbessert werden. Dazu benötigt der Kreis eine nachhaltige Wirtschaftsförderungspolitik, die sich an ökologischen und sozialen Grundlagen orientiert. Insbesondere Unternehmen, die im Bereich innovativer und nachhaltiger Zukunftstechnologien tätig sind, schaffen neue und zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Förderung durch die WFL (Wirtschaftsförderungsgesellschaft Herzogtum Lauenburg) muss sich stärker auf die **Ansiedlung von Start-ups im Digitalsektor**, aber auch auf **umweltfreundlich arbeitende Betriebe** anderer Bereiche konzentrieren. Das vorhandene Breitbandnetz bietet dafür sehr gute Voraussetzungen.

Zur Förderung des regionalen Arbeitsmarktes gehört die **Eingliederung von Langzeitarbeitslosen**. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Jobcenter für derartige Fördermaßnahmen finanziell vernünftig ausgestattet sind und begrüßen Initiativen der Wirtschaftsverbände für diese Zielgruppen. Ein weiterer wichtiger Baustein für die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ist die geplante Jugendberufsagentur im Kreis.

Die Kreisverwaltung ist einer der größten Auftraggeber in der Region. Wir fordern die Erarbeitung einer umfassenden **Strategie für die öffentliche Beschaffung**. Dabei muss eine Effizienzsteigerung durch digitale Auftragsvergabe ebenso berücksichtigt werden wie ökologische und soziale Kriterien. Zur Absicherung eines fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs, aber auch zur Sicherung angemessener Einkommen der Arbeitnehmer, soll der Kreis in allen Ausschreibungen die **Regelungen des Schleswig-Holsteinischen Tariftreuegesetzes anwenden**.

KREISENTWICKLUNG

- **Erstellung eines Kreisentwicklungskonzeptes**
- **bezahlbaren Wohnraum schaffen, Bildung einer kommunalen Kreiswohnungsgesellschaft**
- **Gewerbe- und Siedlungsentwicklung für den ganzen Kreis: Versiegelung der Landschaft verhindern**

Für eine zukunftsweisende Entwicklung im Bereich Siedlungs- und Gewerbeflächen ist eine kreisweite Planung erforderlich, die am Klimaschutzkonzept des Kreises ausgerichtet wird. Hierfür ist ein **Kreisentwicklungskonzept** notwendig, das den Blick auf den ganzen Kreis richtet, die Entwicklung der Städte und Gemeinden lenkt und der Bodenversiegelung entgegenwirkt.

Die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum ist eine besondere Herausforderung für den Kreis, insbesondere am Hamburger Rand. Wir GRÜNEN regen die **Gründung einer Kreiswohnungsgesellschaft** an. Förderprogramme im sozialen Wohnungsbau können genutzt werden.

Um der weiteren Zersiedelung unserer Landschaft entgegen zu wirken, ist ein **nachhaltiges Flächenmanagement** aufzustellen. Wir GRÜNEN halten es daher für notwendig, ein umfassendes **Flächenkataster** zu erstellen, das als Planungsgrundlage eine Übersicht über vorhandene, aufgegebene und für eine Neunutzung zur Verfügung stehende sowie zu entwickelnde Gewerbeflächen enthält. Ziel ist es, brachliegende Gewerbeflächen bevorzugt vor landwirtschaftlich genutzten Flächen zu nutzen, um eine weitere Versiegelung der Landschaft zu minimieren.

LÄNDLICHE RÄUME UND DEMOGRAFISCHER WANDEL

- **Ländliche Infrastruktur an die Bevölkerungsentwicklung anpassen**

Der demographische Wandel ist in unserem Kreis bereits Realität. Die gesellschaftliche Entwicklung der nächsten Jahrzehnte stellt gerade die ländlichen Räume vor große Herausforderungen. Immer mehr junge Menschen wandern zur Ausbildung in die Städte ab und kehren oft nicht zurück. Die verbleibende Bevölkerung wird deswegen eine Altersstruktur mit einem hohen Anteil älterer Menschen aufweisen. Wir wollen den **demografischen Wandel aktiv gestalten**, er ist Herausforderung und Chance zugleich. Unser Kreis muss ein attraktives Lebensumfeld für junge Familien bieten, um eine ausgewogene Altersstruktur in der Bevölkerung zu gewährleisten.

Neben auf die ländlichen Strukturen angepasste Wohnmöglichkeiten, Bildungsangebote und ÖPNV-Leistungen gehören für uns GRÜNE dazu:

- ortsnahe Gesundheitsversorgung
- weiterer Ausbau des Breitbandnetzes im Kreis
- Kultur- und Bildungsangebote in der Fläche, auch für Senior*innen und Mobilitätseingeschränkte

KULTUR

- **Kulturschaffende im Kreis fördern und Kultureinrichtungen erhalten**

- **Dauerhafte Finanzierung für den Kulturknotenpunkt**
- **Beteiligung an Kulturgesprächen der Stiftung Herzogtum Lauenburg**

Für eine **vielfältige Kulturlandschaft** im Kreis müssen neben der Stiftung Herzogtum Lauenburg auch die anderen wichtigen Institutionen wie das Künstlerhaus Lauenburg, das Forum für Kultur und Umwelt und die Freie Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur e.V. eine strukturelle Förderung erfahren. Zudem muss die Kreispolitik sich gegenüber dem Land dafür stark machen, dass der **Kulturknotenpunkt eine Dauerfinanzierung** erhält. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stiftung Herzogtum Lauenburg ihre Arbeit im Südkreis intensiviert, über erfolgreiche Veranstaltungen wie Kultursommer am Kanal und Kultur auf Dorf-Tour hinaus. Zudem werden wir uns an den **Kulturgesprächen aktiv beteiligen** und unseren Sitz im Stiftungsrat nutzen, um Impulse für eine vielfältige, kreative Kulturarbeit zu setzen.

TOURISMUS

- **Natur und sanfter Tourismus im Einklang**
- **Förderung von naturnahen Tourismusangeboten**
- **Besseres ÖPNV-Angebot und mehr Radwege für Tourist*innen**
- **Stärkung und Entwicklung des Naturparks Lauenburgische Seen**
- **Ausweitung des bestehenden Erfolgsmodells Biosphärenreservat**

Der Tourismus wird als Wirtschaftszweig in unserem Kreis immer wichtiger. Für uns GRÜNE steht die Förderung des **sanften und naturverträglichen Tourismus** im Vordergrund, denn wir sind davon überzeugt, dass die Einzigartigkeit der Natur und Kultur unseres Kreises ein wichtiges Kriterium für Besucher*innen ist, hier Urlaub zu machen. Diese Vorteile wollen wir Zielgruppen übergreifend bewerben. Ein **gut ausgebautes ÖPNV-Netz** hilft dabei, auch im touristischen Sektor den motorisierten Individualverkehr bei Anreise und Aufenthalt zu verringern. Da viele Gäste ihren Besuch mit einer Radtour verknüpfen, ist eine Erweiterung des Angebots an landschaftlich reizvollen und verkehrsarmen Routen sowie die **Förderung von straßenbegleitender Radinfrastruktur** anzustreben. Kleinteilige und qualitativ hochwertige touristische Strukturen sind zu unterstützen und naturverträglich auszubauen.

Der **Naturpark Lauenburgische Seen** braucht eine Qualitätsoffensive. Umweltbildung und Naturerlebnis liegen im touristischen Trend. Doch im Bundesvergleich liegt der Naturpark nur im Mittelfeld, in der Bewertung ist er in den letzten 4 Jahren sogar um 10 Punkte gesunken. Seine **Qualität und Attraktivität muss langfristig gesteigert** werden. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu entwickeln, das den Naturpark mit seinen Angeboten für Einheimische und Tourist*innen zukunftsfähig macht für die Themenbereiche Naturschutz, nachhaltiger Tourismus, Umweltbildung und nachhaltige Regionalentwicklung. Wir unterstützen neue Bemühungen um die **Ausweitung des bestehenden Erfolgsmodells Biosphärenreservat** in Mecklenburg-Vorpommern auf lauenburgisches Gebiet. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den mecklenburgischen Akteuren ist eine wichtige Voraussetzung, um den touristisch besonders wertvollen Naturraum Lauenburgische Seen- und Schaalseelandschaft strukturell zu stärken.

FINANZEN

- **Unterstützung von Kommunen und Initiativen durch solide Finanzen**
- **Stärkere Förderung von Sozialer Prävention, Sport und Jugendarbeit**
- **Investitionen in die Infrastruktur**

Der Kreis Herzogtum Lauenburg hat die schwierige Phase der Haushaltskonsolidierung erfolgreich abgeschlossen und erzielt wieder Überschüsse. Dies ist einer konsequenten Sparpolitik und hohen Beihilfezahlungen des Landes zu verdanken.

Allerdings mussten zahlreiche Initiativen in den Bereichen **soziale Prävention, Sport und Jugendarbeit** darunter leiden, dass die Zuschüsse des Kreises eingefroren oder sogar gekürzt wurden. Hier wollen wir nun nachsteuern und die sinnvolle Arbeit dieser Einrichtungen aus Kreismitteln zukünftig wieder stärker unterstützen. Der Kreis muss neben den notwendigen **Investitionen in die Infrastruktur** wie Schulen und Kitas und dem weiteren Schuldenabbau auch seine **Verantwortung für ehrenamtliche Initiativen** wieder stärker wahrnehmen.